

Thomas Meyer

Partei ohne Schließmuskel?

Thomas Meyer

(*1943) ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*.

thomas.meyer@fes.de



Kommunikative Inkontinenz

Der Herr hat keinen Schließmuskel. Mit diesem Stich quittierte Herbert Wehner gern haltloses Gequatsche in der SPD, das der gemeinsamen Sache schadete. Das war zu seiner Zeit noch selten und der Hieb des Zuchtmeisters saß. Heute scheint die SPD von einer gefährlichen Krankheit befallen. Nahezu reflexartig, bar noch der letzten Spur politischer Klugheit, von Solidarität nicht zu reden, nutzen viele aus der zweiten und dritten Reihe, so weit eben das Medieninteresse an ihrer Stimme noch reicht, jede brauchbare Gelegenheit der Selbstprofilierung zu Lasten der Partei und ihrer Spitzenfigur. Die Medien stehen als Lautverstärker, gerne auch als fantasievolle Dazu-Erfinder, auf allen Kanälen stets dienstbereit. Wenn nötig werfen sie selbst schon mal den ersten Stein ins Wasser, um die Sache in Schwung zu bringen, in der selten enttäuschten Erwartung, in dieser Partei schnell genügend Mitspieler für eine neue Runde öffentlicher Selbstzerfleischung zu finden. Kaum dass nun mit der Nominierung des neuen Führungsduos Steinmeier-Müntefering ein erstes Licht am Ende des langen Tunnels sichtbar wurde, ergoss sich dieselbe Diarrhoe in den öffentlichen Raum, die das Elend der letzten Monate bewirkt hatte.

Die legendäre SPD-Führungstroika der 60er und 70er Jahre, Herbert Wehner, Willy Brandt und Helmut Schmidt, moch-

ten sich belauern, bekämpfen, bekriegen, keiner von ihnen vergaß auch nur einen Augenblick lang, dass sie sich mit der Annahme ihrer Wahlämter in den Dienst einer Sache gestellt hatten, die größer war als sie selbst und der sie sich über alle Windungen persönlichen Ehrgeizes hinweg verpflichtet hatten. Das hatte mit ihren Biografien zu tun, aber vor allem mit ihrer politischen Klugheit. Obwohl sich die SPD auch in dieser Zeit selten in einer Frage von Belang ganz einig war, hat diese Haltung doch fünfzehn Jahre wahrhaft erfolgreichen Regierens und Mitregierens möglich gemacht.

Heute scheint davon nichts übrig geblieben. Die Art, wie ein halbes Dutzend der Führungspersonen der Partei im zweiten Glied den Rücktritt von Kurt Beck und die Nominierung des neuen Hoffnungsduos kommentierte, lässt fürchten, dass die Hauptursache des Leids der Partei, das eklatante Schließmuskelsyndrom, anscheinend nicht unter Kontrolle zu bringen ist. Angesichts der offenkundigen Tatsache, dass die Nominierung von Franz Müntefering unter den gegebenen Umständen nicht nur die beste, sondern auch die einzige Wahl für die SPD ist, will sie wirklich neue Kraft schöpfen, wirkt der bedenkenlose Übermut suizidal, mit dem nur Stunden nach ihrer Verkündung aus der zweiten Reihe keine anderen Kommentare zu hören waren als das sei »zu früh«, »das sei ja nur eine Übergangslösung« oder die Wahl werde auch dem neuen Vorsitzenden »keinen Persilschein verschaffen«. Sogar der scheidende Chef selbst, soeben selber zum Opfer der kommunikativen Inkontinenz seiner Partei geworden, warf den Journalisten noch die Deutung hin, er sei Opfer einer Intrige geworden.

Unvorstellbar eigentlich, dass die Stichwortgeber dieses medialen Massakers auch

nur einen Moment des Nachdenkens vorgeschaltet haben, bevor sie sich entschlossen, just im Augenblick des versuchten Neuanfangs ihrer Partei nach Monaten nicht nur schmerzhaften, sondern lebensbedrohenden Siechtums das alte Spiel munter weiter zu treiben als sei nichts wichtiger als ihre Stimme in der Öffentlichkeit. Schon klar, was Wehner dazu eingefallen wäre.

Nun haben die Medien die neuen Stichwörter und die passenden Mythen, um das Kesseltreiben in die nächste Runde zu führen: die SPD als zerrissene, zerstrittene, ziellose Partei. Von einem Programm, gar einer Botschaft kann da keine Rede sein. Ist die Krankheit nun chronisch geworden?

Auf das Programm besinnen

Es stimmt ja, in der SPD gibt es gegenwärtig zwei unausgetragene Kontroversen, die ans Innerste rühren und befrachtet sind mit emotionalen Altlasten, die das Sprechen mit einer Stimme schwer machen. Die eine bezieht sich auf die *Agenda 2010* und ihre symbolische Bedeutung für die Identität und das maßgebliche Zukunftsprojekt der

SPD. Die andere ist die nach dem Verhältnis zur *Linkspartei*. Über diesen Dissens ist das neue Grundsatzprogramm der Partei weniger als ein Jahr nach seiner Verabschiedung in Vergessenheit geraten. Dabei enthält es die Lösung für beide Fragen. Warum erinnert sich schon nach 10 Monaten niemand mehr daran, dass sich die Denkrichtungen und Positionsinteressen der Partei im geltenden Programm nach Jahren ernsthafter Verständigung auf tragfähige Kompromisse in der Sache geeinigt haben, die glaubwürdig sind und praxistauglich? Im Parteiarchiv zu besichtigen? In den Debatten der Partei jedenfalls spielt es keine Rolle. In Wahrheit enthält es genug Substanz, um die Kontroversen zu relativieren und eine Partitur zu bieten, die die vielen Stimmen zu einer Melodie vereinigt, die sich hören lassen könnte. Und vor allem, solange man übt, muss man nicht gleich auf die große Bühne streben. Zwei Imperative aber müssten alle in der Partei beherzigen, wenn sie wieder hochkommen soll. *Erstens*: Das Programm kommunizieren und nicht den Dissens. *Zweitens*: Auseinandersetzung mit der *Linkspartei* ohne Mitwirkung an deren Tabuisierung, die ausschließlich der CDU nützt.

Zum Führen gehören in der Demokratie immer Zwei und in der Mediendemokratie sogar Drei. Eine Führung, die zu Führen versteht und eine Partei, die Führung erlaubt. Und heutzutage eben noch eine Medienkultur, die beides zulässt, statt durch das unmäßige Vergrößern von Differenzen, die Entthematisierung der politischen Fragen, durch hemmungslose Personalisierung und Jagd auf das Führungspersonal täglich ein Bild zeichnet, in dem nichts anderes mehr zu erkennen ist, als personelle Intrigen. Eine Partei, die es den Medien, die von solchem Spektakel gut leben, in dieser Hinsicht so leicht macht, wie die SPD der letzten Jahre, darf sich nicht wundern, wenn diese freudigen Gebrauch von jeder gebotenen Gelegenheit machen und dann gern auch selbst tätig werden, falls wirklich einmal ein paar Tage Ruhe herrscht.

Wenn die SPD nicht zu ihrer alten

Tugend zurückfindet, erst kräftig zu streiten über die Fragen, die die Gesellschaft bewegen, am Ende aber solidarisch für das gemeinsam gefundene Ergebnis nach Außen einzustehen und die Personen zu tragen, die dafür öffentlich geradestehen müssen, dann gnade ihr Gott. Das Projekt der sozialen Demokratie ist nicht tot und die Partei, die es verkörpert, könnte sehr lebendig sein. Ein Rundblick in Europa zeigt es. Das Duo Steinmeier/Müntefering ist eine große Chance für die SPD – wenn die Partei das zulässt, vielleicht sogar mitspielt. Die eifrigen Kommentatoren der zweiten Reihe, die nun schon wieder loslegen, sollten an Herbert Wehners Verdikt denken, bevor sie die Zukunft ihrer eigenen Partei für einen kurzen Augenblick persönlicher Medienaufmerksamkeit aufs Spiel setzen. Oder hat sie ein suizidaler Taumel erfasst?

Klaus Harpprecht

Die Glosse:

Für einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz

Klaus Harpprecht

(* 1927) Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt.

Er ist seit langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit letztem Jahr Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Neu erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.



Ein Fünf-Parteien-System in den nächsten überschaubaren Jahren? Gilt für diese ungemütliche Veränderung der Republik, was die Regel für alle Demokratien normalen Gepräges sein müsste: dass im Prinzip jede Partei mit jeder anderen koalieren könne, dass – mit anderen Worten – keine Allianz mit einer von den Wählern legitimierten politischen Formation tabuisiert werden dürfe?

Aber ist die größere, die »gesamtdeutsche«, die vereinigte Bundesrepublik ein »Normalfall«? Als Fritz René Allemann, der große Schweizer Journalist, vor mehr als einem halben Jahrhundert der zweiten deutschen Republik das optimistische Zeugnis ausstellte, Bonn sei nicht Weimar, fügte er seiner couragierten Prognose (die rasch zum geflügelten Wort wurde) eine ernste Warnung hinzu: Die Bundesrepublik, schrieb er, »hat die Chance des neuen Anfangs ... trotz mancher Schwächen bisher eindrucksvoll zu nutzen vermocht; sie ist mit Schwierigkeiten fertig geworden, an denen der erste demokratische Staat der Deutschen zerschellte. Aber der Größe ihrer Leistung entspricht die Größe der Gefahr, die sich vor ihr auftut – einer anderen, einer neuen Gefahr, mit der sich Wei-